

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radenvornwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wlth. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 206

Anzeigenpreis: für 1 mcm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. —

Halver

Donnerstag, den 3. September

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Gratisbeilagen: „Zeitgeschichten im Wochenbild“, „Des Bandmanns Sonntagsblatt“ und „Gerd und Scholle“

1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Durch eine Verordnung des Reichspräsidenten von Hindenburg wird die Verfügung vom 30. August 1921, die das Tragen von Uniformen für ehemalige Heeresangehörige verbietet, aufgehoben.

* Zwischen Reichsbahn und Eisenbahnen ist noch kein voller Friede hergestellt, da die Gewerkschaften die angebotenen Lohnerhöhungen nicht für ausreichend halten.

* In Genf beginnt die diesjährige Tagung des Völkerbundes.

* Die große Offensive gegen die Marokkoküste hat begonnen. Spanische und französische Kriegsschiffe bombardieren die Stellungen der Aufständischen.

* Ein großer Streit ist im Kohlenbergbau der Vereinigten Staaten zum Ausbruch gekommen. 150.000 Bergleute sind im Ausstand. Ausdehnung des Streiks wird vorausgesetzt.

Die Wunde an der Saar.

Zu den Gegenständen, die regelmäßig bei den Tagungen des Völkerbundes wiederkehren, gehört auch die Entgegennahme des Berichtes der Saarregierung, woran sich meist mehr oder minder erregte Verhandlungen anschließen, da bisher noch stets entweder seitens der Bevölkerung des Saargebietes selbst oder seitens der Reichsregierung Beschwerden über Nichtinnehaltung der Bestimmungen des Versailler Vertrages vorlagen. Auch die jetzt beginnende Völkerbundtagung in Genf wird sich mit Saarfragen befassen.

Das Saargebiet wurde nach den Bestimmungen des Friedensvertrages deshalb von Deutschland abgetrennt, weil Frankreich als Ersatz für die Zerstörung der nordfranzösischen Kohlenbergwerke und in Anrechnung auf den Betrag der von Deutschland geschuldeten Wiedergutmachung der Kriegsschäden das unbeschränkte Eigentumsrecht an den Kohlenbergwerken im Saargebiet erhielt. Frankreich hat also keinen Anspruch auf das Gebiet selbst erhalten, sondern nur an den Grubenbesitz. Das Gebiet wurde der Verwaltung des Völkerbundes unterstellt, der somit Treuhänder wurde, da nach 15 Jahren die Bevölkerung darüber zu bestimmen hat, ob sie weiter bei Deutschland bleiben oder zu Frankreich gehören will.

Trotz dieser klaren Bestimmungen versucht es jedoch Frankreich, schon jetzt aus diesem deutschen Lande eine französische Provinz zu machen, wogegen sich die Bevölkerung natürlich mit Händen und Füßen sträubt. Diese Tatsache findet in den zahlreichen Protesten und Beschwerden beim Völkerbunde ihren Niederschlag. In einem gewissen Sinne wird Frankreichs Bestreben durch die Bestimmung erleichtert, daß das Gebiet mit Frankreich eine Zollunion bilden soll und dem Umlaufe französischen Geldes kein Hindernis in den Weg gelegt werden darf. Diese Bestimmung legte Frankreich nun so aus, daß es eines schönen Tages die Frankwährung einführt. Auch unterhält Frankreich an der Saar noch immer zahlreiche Truppen, trotzdem der Vertrag direkt bestimmt, daß nur eine örtliche Gendarmerie zur Aufrechterhaltung der Ordnung einzurichten ist.

Die Regierung des Gebietes soll unparteiisch sein. Was kann man aber von einer Körperschaft erwarten, an deren Spitze ein Franzose steht, der kein Wort Deutsch kann, und dem ein Belgier und ein Tscheche beigegeben sind? Diese fühlen sich nur als Mandatäre Frankreichs und wirken in diesem Sinne. Das haben besonders die Schulen, das Vereinswesen und die Presse zu spüren, bei denen möglichst jede deutsche Regung unterdrückt wird.

Frankreich selbst leitet seine Ansprüche aus der napoleonischen Zeit her und bediente sich während der Zeit der Friedensverhandlungen einer handgreiflichen Unwahrheit, indem es mit einer sogenannten Denkschrift und Petition von nicht existierenden 150.000 französischen Saarländern hantierte. Da Deutschland von den damaligen Verhandlungen ausgeschlossen war, konnte dem nicht sofort entgegengetreten werden. Nur so waren die Bestimmungen des Friedensvertrages überhaupt möglich.

Wenn die französischen Bestrebungen bisher keinen Erfolg hatten, so ist es dem treuen deutschen Sinne der Bevölkerung zu danken, die jetzt womöglich noch zäher als früher an ihrem Deutschland festhält, so daß wir die Gewähr haben, daß das Gebiet sich im Jahre 1935, das für die Volksabstimmung über die Staatszugehörigkeit bestimmt ist, mit überwältigender Mehrheit für Deutschland entscheiden wird. Es ist erfreulich, zu sehen, daß in dieser Beziehung alle Parteien des Gebietes wie ein Mann fest zusammenstehen.

Diese feste Haltung ist auch nicht ohne Wirkung geblieben. Im Auslande beginnt man den Zuständen im Saargebiet größeres Interesse zuzuwenden und vor allem auch Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Dafür sind unter anderem Beweis einige Schriftstücke, die jetzt in so bedeutenden englischen Zeitungen, wie es die „Times“ und der „Manchester Guardian“ sind, erschienen. Darin wird direkt hervorgehoben, daß das Saargebiet jetzt der einzige Teil Europas ist, der dem Völkerbunde untersteht und in einer so einseitigen und ungerechten Weise verwaltet wird, geradezu als eine offene Wunde am Körper Deutschlands fließt.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Tagung der Deutschen Friedensgesellschaft.

In der in Dortmund abgehaltenen Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft wurden der Vorsitzende und ein großer Teil des Vorstandes mit knapper Mehrheit wiedergewählt. Gegen die Führung der Friedensgesellschaft machte sich namentlich aus Westdeutschland eine starke Opposition geltend, der die alte Geschäftsleitung nicht aktiv genug war.

Uniformtragen wieder erlaubt

Erlaß des Reichspräsidenten.

Berlin, 1. September.

Reichspräsident von Hindenburg hat nachstehende Verordnung erlassen:

§ 1. Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. August 1921 betreffend Verbot des Tragens der Militäruniform wird aufgehoben.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Dietrichs, den 26. August 1925.

Diese Verordnung ist vom Reichswehrminister Dr. Geßler gegengezeichnet und wird vom Reichswehrministerium bekanntgegeben.

Die Verordnung über das Verbot des Uniformtragens war durch den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert am 30. August 1921 auf Grund des Artikels 48 der Verfassung erlassen. Der Artikel gibt dem Reichspräsidenten das Recht, Verordnungen zu erlassen, wenn erhebliche Störungen und Gefährdungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung vorliegen.

Die Aufhebung des Verbotes

wird von zuständiger amtlicher Stelle wie folgt begründet: Eine Gefahr zu Störungen und Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung liegt nicht vor. Eine solche Gefahr lag nach dem Erzbürger-Mord vor, da zu befürchten war, daß die gewaltige politische Erregung jener Zeit durch Mißbrauch der Uniform im politischen Kampf noch gesteigert werden könnte. Seit dieser Zeit aber haben sich die Verhältnisse ungleichbar wesentlich gebessert und eine solche Gefahr liegt jetzt nicht mehr vor. Verordnungen auf Grund des Art. 48 können aber nicht dauerndes Recht schaffen, sie enthalten nur vorübergehende Maßnahmen, die dann außer Kraft gesetzt werden müssen, wenn diejenige Gefahr nicht mehr besteht, die zu ihrem Erlass Anlaß gegeben hat. Der Schutz der Militäruniform, dessen man auch in normaler Zeit bedarf, muß durch die Gesetzgebung auf dem ordentlichen Wege geregelt werden. In mehreren Fällen haben Gerichte die Rechtsgültigkeit der Verordnung vom 30. August 1921 bezweifelt und Zuwiderhandlungen straffrei gelassen. Das

Preußen und das Haus Hohenzollern.

Von einigen Seiten wurde mitgeteilt, daß zwischen der Vertretung des Hohenzollernhauses und dem preussischen Staatsministerium ein Vergleich in der Vermögensauseinandersetzung zustande gekommen sei, der demnächst dem Landtage vorgelegt werden soll. Diese Meldung ist nach Auskunft von unterrichteter Stelle nicht zutreffend. Die Verhandlungen schweben vielmehr noch.

Rechtsschwenkung der Kommunisten.

Die Berliner Parteileitung der K. P. D. hat von der Moskauer Exekutive einen Brief erhalten, in dem die bisherigen Parteiführer schwer getadelt werden. Der Brief richtet sich gegen die „ultralinken“ Tendenzen in der kommunistischen Partei Deutschlands. Zugleich wird ein Aufruf des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Deutschlands bekannt, in dem alle bisherigen Sünden reumütig eingestanden werden und Besserung versprochen wird. Der politische Kurs solle geändert werden, „nicht nach rechts, sondern in der Richtung zum Bolschewismus“, neben dem es keine „linkere“ Politik geben könne. Praktisch wird die „Revolution von oben“, die jetzt von Moskau ausgeht, wohl zur Folge haben, daß Ruth Fischer und Maslow aus der Führung der Partei ganz verschwinden oder doch stark zurückgedrängt und farblosere Führer tonangebend werden.

Deutsch-russische Handelsbeziehungen.

Aus Moskau kommen Nachrichten, daß man die Ansicht eines Handelsvertrages mit Deutschland günstiger beurteilt. Die Sowjetregierung will Entgegenkommen in den strittigen Fragen, insbesondere in bezug auf die FischereikonzeSSIONen zeigen. Man hofft in Sowjetkreisen, daß nach der Rückkehr des Vorstehenden der deutschen Delegation, Geheimrat v. Rörner, aus Karlsbad die Verhandlungen wieder aufgenommen und beschleunigt zu Ende geführt werden können.

Schweiz.

Die Völkerbundtagung beginnt offiziell Mittwoch Mittag. Man erwartet zunächst eine lebhafte Debatte über die Moskaufrage, da man von türkischer Seite keine GebietskonzeSSIONen voraussetzt. Vor der Tagung des Völkerbundes findet eine Konferenz der Außenminister der Kleinen Entente statt, in der die Richtlinien eines gemeinsamen Vorgehens der Staaten der Kleinen Entente besprochen werden sollen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die gerichtliche Voruntersuchung gegen den Kaufmann Rudolf Schnapp, der am Verfassungstage bei einem Strampfzusammenstoß ein Mitglied des Frontbanners erschoss, ist eröffnet worden.

Berlin. Gegen den in der Darmstadt-Affäre tätig gewesen, oft genannten Gerichtsassessor Caspary, der bei der Staatsanwaltschaft tätig war, ist ein Disziplinarverfahren eröffnet worden. Die Angelegenheit hat zu vielfachen Auseinandersetzungen zwischen dem preussischen Justizministerium und den Abg. Baumeister und Leopold geführt.

Mosk. Die vom Kreise Moskau geplante Jahrtausendfeier ist abgesagt worden, da die aufzubewahrenden Geldmittel nötigenfalls zu Unterhaltungszwecken benutzt werden sollten.

Reichswehrministerium hält diese Urteile allerdings für Fehlurteile und sieht die Rechtsgültigkeit der Verordnung nicht in Zweifel gestellt. Ein höchstes Gericht hat zu dieser Frage noch nicht Stellung genommen. Immerhin besteht eine gewisse Rechtsunsicherheit, die beseitigt werden muß. Aus allen diesen Gründen hat der verstorbene Reichspräsident Ebert selbst darauf gedrängt, daß die Verordnung baldigst wieder aufgehoben wird. Man hat davon nur deswegen Abstand genommen, weil zu hoffen war, daß das Gesetz über endgültige Regelung des Tragens der Militäruniform, das schon seit Jahren vom Reichswehrministerium vorbereitet ist, so bald in Kraft treten würde, daß man die Aufhebung der Verordnung bis zu diesem nahen Zeitpunkt hinausschieben könnte. Aber infolge der Überlastung der Gesetzgebung ist dieses Gesetz bisher nicht erledigt worden. Der Reichspräsident hat sich daher entschlossen, mit der Aufhebung der Verordnung, die schon vier Jahre lang in Kraft ist, nicht länger zu warten. Vom Reichstag wird erwartet, daß er das Gesetz über das Tragen der Uniform bald erlassen wird.

Durch die Aufhebung des Verbots tritt nun wieder der Zustand ein, der vor August 1921 bestand. Jeder mit dem Recht zum Uniformtragen verabichtete Heeresangehörige darf die alte Uniform nebst Säbel oder Dolch tragen. Das Tragen der Uniform wird erlaubt sein bei Aufstellung und Ausrückung von Vereinen, bei Vereinsfestlichkeiten, bei der Beerdigung von Vereinsmitgliedern, bei vaterländischen Festen und bei eigener Trauer usw. In den Ausführungsbestimmungen wird das Reichswehrministerium näher bezeichnen, was als Vereinsfeiern, vaterländische Feste zu verstehen ist.

Hindenburg und Ludendorff.

Der Deutschvölkische Offiziersbund hat ein Schreiben an den Reichspräsidenten gerichtet. In diesem Schreiben wird der Vermutung Ausdruck gegeben, daß sein Besuch bei Ludendorff anlässlich des Aufenthalts in Bayern durch jene Kreise bereitet worden sei, die jeden erkennbaren Ansat zur Reinigung im Innern, zur besseren Wahrung unserer Würde nach außen bisher verhindert hätten.

Bielefeld. Bei den Bürgervorsteherwahlen, die in Bielefeld stattfanden, erhielten die Vereinigten Bürgerparteien 15 Sitze (im Vorjahre 16) und die Sozialdemokraten 4 Sitze (im Vorjahre 3).

Köln. Das Verfahren gegen den verantwortlichen Redakteur der Rheinischen Zeitung wegen Verleumdung des Außenministers Dr. Stresemann ist plötzlich eingestellt worden.

Wien. Reichstagspräsident Löbe hat sich von hier auf Einladung des Präsidenten des französischen Parlaments, Gerriot, nach Paris begeben.

Paris. Der französische Außenminister Briand hat sich mit Louchet im Automobil nach Genf zur Völkerbundtagung begeben.

London. In London beginnt eine internationale Antialkoholkonferenz, die sich mit der Frage der Einführung des Alkoholverbots in den afrikanischen Kolonien und mit der Unterbindung des internationalen Alkoholschmuggels befassen wird.

London. Vier Parlamentsabgeordnete der britischen Arbeiterpartei werden in den nächsten Tagen nach Moskau reisen, um die Möglichkeiten für die Aufnahme der Handelsbeziehungen zwischen England und Sowjetrußland zu prüfen.

Londoner Juristenkonferenz.

London, 1. September.

Die juristischen Vorbesprechungen über den Sicherheitspakt haben heute morgen im Auswärtigen Amt formell begonnen. Es beteiligten sich daran von deutscher Seite Ministerialdirektor Dr. Gauß, von englischer Sir Cecil Hurst, von französischer Mr. Fromageot und von italienischer Signor Pilotti. Nach den zwischen den Regierungen getroffenen Abmachungen werden über die Beratungen keine Berichte herausgegeben.

Die englische Presse betont, durch die etwaigen Gutachten der juristischen Berater würden die verschiedenen Regierungen nicht gebunden. Man erwarte, daß die Sachverständigen „nicht nur ihre Gedanken, sondern auch ihre Hintergedanken und die ihrer Regierungen“ austauschen. Der Abschluß eines Rheinlandpakt würde als ein großer Fortschritt zu bewerten sein. Andererseits erscheine die zur Verfügung stehende Zeit kaum als ausreichend, um hinsichtlich der Einzelheiten der verschiedenen geplanten Schiedsverträge nähere Vereinbarungen zu treffen. Am bedeutendsten erscheine die plötzliche Entsendung eines italienischen Delegierten zu den Londoner Besprechungen. Diese Entsendung bedinge jedoch nicht, daß Italien unbedingt den Pakt mitunterzeichnen wird. Dagegen wäre es möglich, daß Italien dem Vertrage als Garant beitrete. Dies würde eine Erweiterung des bisherigen Vertragsgedankens erforderlich machen.

Statsrede des preussischen Kultusministers

Berlin, 1. September.

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtages wurde am Dienstag die Beratung des Kultushaushalts fortgesetzt. Kultusminister Dr. Wedder nahm sofort das Wort zu einer größeren Staatsrede. Der Minister erklärte, die Zeitaufgaben müßten mit den historisch gewordenen verbunden werden. Schul- und Kulturbolitif müßten so aee

teilet sein, daß alle Parteien sie bejagen können. Als Staatsminister lege er sich größte Zurückhaltung auf, als Kultusminister verfolge er eine feste Linie auf dem Boden der republikanischen Verfassung. Er verurteile jede Schmäherung der Vergangenheit, verlange aber auch Respekt und Liebe zum heutigen Staat. Der Minister wandte sich gegen die deutschnationalen Kritik. Im Falle Leffing hätte ein deutschnationaler Minister auch nicht anders handeln können. Die Studenten könnten nicht über die wissenschaftliche und moralische Qualität ihrer Lehrer Richter sein. Das Verbot des Tragens politischer Abzeichen in den Schulen sei notwendig und schon von Minister Böllig erlassen. Der Abbau habe im Ministerium katastrophal gewirkt, im ganzen aber zu einer Gesundung des Schulwesens geführt. Die Anstellungssperre müsse fallen. Die Aufbauschulen hätten sich bewährt. Im Kampfe für die Grundschulen dürfe die neunjährige höhere Schule nicht angegriffen werden. Der Minister sprach den Wunsch aus, daß die Schulreform jetzt Ruhe und Gelegenheit zum Wachsen erhalte. Er stehe auf dem Boden der Staatschule. Berechnete Wünsche der Privatschulen müßten jedoch erfüllt werden. Die Frage des Konfessions sei sehr schwierig. Der Staat gehe mit seinen Zuschüssen schon über seine Verpflichtungen hinaus. Der Minister schloß, daß die Kultusfragen Sache der Länder bleiben müssen.

Dr. Wirths Absichten.

Neue Erklärungen zu seinem Fraktionsaustritt.

Berlin, 1. September.

Reichstagskanzler a. D. Dr. Wirth, der vor kurzem aus der Reichstagsfraktion des Zentrums seinen Austritt erklärt hat, wendet sich jetzt von neuem an die Öffentlichkeit. In verschiedenen Unterredungen, die er Vertretern ihm nahestehender Zeitungen gewährte, unterstreicht Dr. Wirth besonders, daß sein Austritt aus der Fraktion kein übereilter Schritt oder der Ausdruck politischer Verärgerung oder müder Resignation gewesen sei. Dr. Wirth ist davon überzeugt, daß seine Aktion nicht isoliert bleiben wird. Sie soll vielmehr eine politische Bewegung einleiten, die sich das Ziel setzt, das deutsche Volk mit der Republik zu verbinden und eine grundsätzliche Klärung im Zentrum herbeizuführen.

Dr. Wirth hat, wie die Germania meldet, eine große Zahl von Zuschriften aus Zentrumskreisen erhalten, in denen ihm die Zustimmung zu seiner Aktion ausgesprochen wird. Er wird seine Reise nach Amerika, die er in der nächsten Woche antritt, auf möglichst kürzeste Frist beschränken. Dr. Wirth beabsichtigt, sich vor seiner Abreise noch einmal in einer Erklärung an die Öffentlichkeit zu wenden.

Reichsbahn und Eisenbahner.

Wunsch nach neuen Verhandlungen.

Die von der Reichsbahngesellschaft vorgenommene Lohnerhöhung für einzelne Arbeiterschichten wird von den Organisationen der Arbeiterschaft zurückgewiesen. Die Gewerkschaften bleiben bei ihrer Forderung auf eine allgemeine Erhöhung der Löhne für die Arbeitnehmer der Reichsbahn. Bekanntlich besteht keine tarifvertragliche Bindung mehr. Die angebotenen Lohnerhöhungen kommen für etwa 40 % der Arbeiter in Betracht.

Die Arbeitnehmerorganisationen werden noch abwarten, da man hofft, daß der Reichsarbeitsminister von sich aus einen neuen Schlichter beruft.

Beginn der Marokko-Offensive.

Spanisch-französischer Kriegsrat.

In Gegenwart des Generals Primo de Rivera und eines französischen Admirals hat in Algier ein spanisch-französischer Kriegsrat stattgefunden, in dem der Offensivplan in Marokko gegen Abd-el-Krim festgelegt wurde. Die Spanier haben ihre Offensivvorbereitungen bereits fertiggestellt, während die Franzosen noch etwas im Rückstand sein sollen. Die für die bevorstehende Offensive bestimmten spanischen Truppen sind aus den Stellungen an der Front herausgezogen und im Raume von Tetuan-Melilla konzentriert worden. Die entsprechenden Frontabschnitte sind mit neu aus Spanien eingetroffenen Truppen besetzt worden. Als Beginn der großen Offensive wird in Madrid ein zweifaches Bombardement der Bucht von Alhucemas durch die französische spanische Flotte angesetzt, dem bald ein Landungsversuch folgen soll.

Wenn die Schatten weichen.

Roman von Ferdinand Runkel.

29

Nachdruck verboten

„Sie wundern sich, mein Herr, aber sehen Sie, nach dem Untergang des Kaiserthums in Mexiko waren einige Hidalgofamilien dem österreichischen Maximilian treu geblieben und nach Konfiskation ihres Vermögens nach Wien geflüchtet. So auch meine Eltern, die den Tod ihres Kaisers nicht lange überlebten. Ich stand allein, meine arme indianische Wärterin sorgte für mich, so gut sie konnte, aber sie konnte nicht gut. Ich mußte früh Geld verdienen helfen, und so war ich auf die Musik angewiesen, weil es damit am leichtesten ging. Ich weiß nicht mehr, wann ich in die Zigeunerkapelle kam, ich weiß nur, daß ich, solange ich denken kann, alle möglichen Instrumente spielen mußte, daß ich mit den teils echten, teils unechten Zigeunern in der ganzen Welt herumreiste und schließlich sozusagen eine große Stellung in der Musikbande einnahm. Da entdeckte mich meine gütige Freundin und machte aus dem armen Zigeunermusikanten wieder einen Hidalgo.“

„Eine etwas phantastische Geschichte, nicht wahr?“
„Ja, sehr,“ antwortete der Oberförster, und es war ihm nicht möglich, ein molantes Lächeln zu unterdrücken.
„Sie wollen, daß ich spiele, meine gütige Herrin?“ fragte jetzt der Marquis die Gräfin.
„Wenn Sie Stimmung dazu haben.“
„Ich habe immer Stimmung. Künstlerlaunen hat mir unser Zigeunervater zeitig ausgetrieben.“
Nach diesen Worten verließ er das Zimmer, um seine Geige zu holen. Ritter trat auf die Gräfin zu und ersetzte zitternd vor Erregung ihre Hände.
„Was soll die Komödie, Mira, sage mir nur eins, was soll das?“
„Um Gottes willen, du erschreckst mich durch deine Leidenschaft.“
„Sag mir, was ist dir der schwarze Kerl, der glatte Abenteuerer?“
„Nichts, nichts, ich wollte ein gutes Werk tun, um die Sünde zu büßen, die ich an Lössbau begangen hatte. Da habe ich ihn aus dem Sumpf hervorgezogen zu einem

Nach Meldungen aus Fez trifft Abd-el-Krim auf der ganzen Front Vorbereitungen zur Abwehr der erwarteten Offensive. Amerikanische Flieger, die mehrere Aufklärungsflüge hinter die Front der Marokkaner vollführten, bringen die Nachricht von starken Truppenansammlungen in dem Gebiet von Scheschuan und stellen auf allen Wegen, die zur Front führen, Munitionstransporte fest, die augenscheinlich aus Adesou Langurin kommen. Abd-el-Krim sucht den Aufmarsch der französischen Truppen durch dauernde Vorstöße und Überfälle zu stören. Nach Meldungen aus Rabat soll Abd-el-Krim seinen Kriegsschatz von Adjir nach dem Gebirge gebracht haben.

Ein neuer Hochverratsprozeß.

Die Zentrale der R. P. D. vor dem Staatsgerichtshof.

Leipzig, 1. September.

Vor dem Norddeutschen Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik hat eine Verhandlung begonnen, die als erster Abschnitt des Prozesses gegen die Zentrale der R. P. D. anzusehen ist. Angeklagt sind der Privatangehörige und Schloffer Anton Grylewicz aus Neufölln, der Redakteur Wilhelm Schumacher von der roten Fahne, Berlin, der Verursacher Paul Schlicht aus Berlin und der Schriftsteller Wasilow aus Berlin-Lichtenberg. Der Prozeß wird unter der Bezeichnung „Grylewicz und Genossen“ geführt, Hauptangeklagter ist jedoch Wasilow, der bis zu seiner Festnahme als

der eigentliche Statthalter des Bolschewismus in Deutschland galt. Nach der Anklage war Wasilow über die gesamten Vorgänge in der R. P. D. orientiert; auch soll er ständig mit Ausland in Verbindung gestanden haben. Es sind eine ganze Reihe von Schriftstücken gefunden worden, die mit Abramowitsch, seinem Decknamen, gezeichnet sind. Auch für die Neumannsche Tschekegruppe soll Wasilow Instruktionen gegeben haben; ebenso soll

die Einrichtung der Pöhlcherzentrale auf seine Anregung zurückzuführen sein. Ferner soll er besonders den Hamburger Butsch inszeniert haben. In seiner gesamten Tätigkeit, die er als ausführendes Organ des Bolschewismus ausübte, wird nicht nur Verhülfe zum Hochverrat, sondern vollendeter Hochverrat erblickt. Auch die übrigen drei Angeklagten waren hervorragend für die illegalen Ziele der R. P. D. tätig. Die Verhandlung findet unter Vorsitz des Reichsgerichtsrats Lorenz statt. Die Verteidigung der Angeklagten liegt in den Händen der Rechtsanwältin Dr. Kurt Rosenfeld (Berlin) und Wolff (Düsseldorf). Nach

Beginn der Verhandlung prüfte der Präsident zunächst die Frage, ob die Straftaten der Angeklagten unter das Annesiegesetz fallen oder nicht. Das Gericht entschied, die Frage bis nach der verantwortlichen Vernehmung der Angeklagten zurückzustellen. Bei der Vernehmung Wasilows

stellte der Vorsitzende fest, daß der Angeklagte ursprünglich Szenarepki heiße, sein Vater war Schriftsteller, er selbst hat das Gymnasium bis zum 16. Jahre besucht und in Petersburg Naturwissenschaft studiert. Wasilow wird beschuldigt, daß er als Abgesandter der Moskauer Regierung den Bürgerkrieg in Deutschland vorbereitet habe. Wasilow schilderte hierauf seine Tätigkeit im weiten Rahmen. Er habe sich keines konkreten Vergehens schuldig gemacht, bekenne aber, daß seine Gesinnung absolut staatsfeindlich sei. Wasilow beschäftigte sich dann mit dem materiellen Inhalt der Anklage, die Vorgänge aus dem Jahre 1923 inframinieren. Er schilderte die damalige innen- und außenpolitische Lage und kommt zu dem Schluß, daß die R. P. D. damals unfähig war, die Massen in Marsch zu setzen.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 3. September 1925

□ Neue Beiträge in der Angestelltenversicherung. Vom 1. September an sind die Beiträge erhöht, so daß folgende Gehaltsklassen gelten: Gehaltsklasse A Monatsentgelt bis 50 M. Beitrag 2 M. Gehaltsklasse B Monatsentgelt 50 bis 100 M. Beitrag 4 M. Gehaltsklasse C Monatsentgelt 100—300 M. Beitrag 8 M. Gehaltsklasse D Monatsentgelt 200—300 M. Beitrag 12 M. Gehaltsklasse E Monatsentgelt 300—400 M. Beitrag 16 M. Gehaltsklasse F Monatsentgelt über 400 M. Beitrag 20 M. Jeder Versicherte ist berechtigt, sich freiwillig höher zu versichern. Dies kann auch geschehen in den für die Höherversicherung besonders geschaffenen Beitragsklassen mit einem Beitrage von monatlich 25 M. und 30 M. Die neuen Marken werden erst vom 1. September an bei der Post verkauft. Nach dem 10. September sind auch für rückliegende Zeiten die neuen Marken zu verwenden. Die Verwendung der bisherigen Marken für die Zeit nach dem 31. August ist unzulässig. Sie werden bis zum 30. November bei der Post umgetauscht.

menschenwürdigen Dasein, ihn in die Gesellschaft zurückgeführt, zu der er nach seinem Herkommen gehört.“
„Nah, so ein Marquistitel ist billig. Wenn ich mich in Mexiko fürst Ritter nenne, trägt kein Hahn danach.“
„Aber er nannte sich ja nie so, nur mit Mühe habe ich seinen wirklichen Namen ermittelt.“
„Nun sage mir noch das eine, liebst du mich noch?“
„Ach, warum quälst du mich so.“
„Sag es mir, oder es gibt ein Unglück. Ich muß es wissen, denn ich gehe zugrunde in der Ungewissheit. Laß mich nicht in Zweifel, oder es geschieht etwas Furchterliches. Ich bin nicht Herr meiner selbst, es packt und schüttelt mich, wie der Sturm die Tannen. Es raht in meinem Kopf wie Wahnsinn, ich weiß nicht, was ich tue, wenn du mich . . .“
„Um Gottes willen, beherrsche dich nur jetzt, ich liebe dich ja noch.“
„Und er ist dir nichts?“
„Nichts, nichts, als der Freund, der mir durch seine süßen Töne die traurigen Stunden verkürzen hilft. Er ist mein David, der das Gespenst des Trübsinns von mir scheucht, das Gespenst des erschossenen Lössbau. Ach, warum hast du das getan?“
„Wer sagt dir, daß ich's getan habe?“
„Mein Herz, mein Gewissen, alles um mich her.“
„Und wenn ich's getan hätte, so hättest du nicht das Recht, mir Vorwürfe zu machen. Für wen habe ich's denn getan, wenn ich's getan habe, als für dich, für dich, und du bist mir entwischt, ich konnte dich nicht halten. Aber jetzt bist du hier und wehe dir, wenn du mir wieder . . .“
„Still, still, er kommt zurück.“
Sie legte die Hand beschwichtigend auf seinen Arm. Er aber riß sie wie ein Verzweifelter an seine Brust und küßte ihr in wahnsinnigem Taumel Mund und Augen.
Sie konnte sich nicht wehren. Sie stand jetzt wieder ganz unter der überlegenen Macht seiner Leidenschaft, und so überließ sie sich ihm mit einem schauerlich süßen Gefühl, das sie sich nicht erklären konnte, das nur bestand, wenn er in ihrer Nähe war, das aber verblaßte wie ein alter Traum, wenn sie ihn nicht sah.
„Laß mich jetzt, Geliebter,“ flüsterte sie ihm zu. „Bring' nicht Unheil über mich. Wenn du mich liebst, schone mich.“
Sie fuhr sich mit der Hand über die Augen und strich das dunkle Haar aus der Stirn. Auch Ritter zwang sich zur Ruhe. Ein leises Lächeln spielte über sein Gesicht,

□ Zur Beachtung bei Adressierung von Postkarten. Die Absender von Postkarten benutzen zur Angabe ihrer Adresse vielfach die rechte Hälfte der Vorderseite der Karte. Das ist unstatthaft. Die für ihren Zweck recht klein bemessene rechte Hälfte ist nur für die Anschrift, für die Freimarken, den Stempelaufdruck, für Behandlungs-vorschriften (Einschreibung, Rahnahme, Gelbtenzu-stellung) und für dienstliche Vermerke, z. B. über Nach-sendung und Rücksendung vorbehalten. Andere Angaben beeinträchtigen die Deutlichkeit der Anschrift und erschweren die postamtliche Behandlung; sie gehören auf die linke Hälfte oder auf die Rückseite. Postkarten, die diesen Bestimmungen nicht entsprechen, werden von der Beförderung ausgeschlossen und dem Absender zurückgegeben.

□ Pakete nach England und Polen müssen besonders haltbar und widerstandsfähig verpackt sein. Auch die gewöhnlichen Pakete müssen fest umschürt und durch Siegel, Bleiplomben oder ähnliche Mittel gehörig verschlossen werden. Sowohl die polnische als auch die russische Postverwaltung werden Pakete, die diesen Bestimmungen nicht entsprechen, künftig zur Weiterbeförderung nicht übernehmen.

—* hk Neue, seit langem erstrebte Eisenbahnverbindung mit Berlin. Zur Erzielung einer besseren Belegung der Fernschnellzüge 21/22 Köln—Berlin hat die Hauptverwaltung versuchsweise die Einschaltung eines neuen Aufenthaltes in Hamm genehmigt. Nach den nunmehr festgesetzten Verkehrszeiten wird F D 21 in Hamm um 1,22 nachm. abfahren, nachdem er die Anschlüsse vom Schnellzug 93 Köln—Elberfeld—Altona (Hamm an 12,52 nachm.) und vom Schnellzug 181 Frankfurt—Siegen—Altena—Rheine (Hamm an 1,15 nachm.) aufgenommen hat. Der Gegenzug F D 22 trifft in Hamm um 9,33 nachmittags ein und vermittelt dadurch unmittelbaren Anschluß an den Elzug 66 Münster—Hagen—Elberfeld—Bohndorf.

—* hk Die Beglaubigung von Unterschriften und die Ausstellung von Bescheinigungen durch die Handelskammer. Da in der Geschäftswelt über den Umfang der Befugnis der Handelskammer zur Beglaubigung von Unterschriften vielfach irrthümliche Auffassungen anzutreffen sind, besteht Veranlassung zu folgender Aufklärung: Zur Beglaubigung von Unterschriften unter Urkunden privatrechtlichen Inhalts, wie beispielsweise unter Bürgermeistereiurkunden, Vollmachtserteilungen und dergl., sind die Handelskammern nicht zuständig. Eine Vollmachtbeglaubigung durch die Handelskammern kommt lediglich für Postvollmachten in Frage. Hierzu sind die Handelskammern durch besondere staatliche Verfügung ermächtigt worden. Im übrigen sind die Handelskammern zur Ausstellung von Ursprungszeugnissen und anderen dem Handelsverkehr dienenden Bescheinigungen berechtigt. Unter letzteren sind nach einer Auslegung des Bayer. Staatsministeriums für Handel, Industrie und Gewerbe Bestätigungen zu verstehen, die den Handelsverkehr als solchen fördern und eine Eigenheit des Handelsverkehrs sind. So ist es beispielsweise möglich, daß in Handelsverträgen oder autonomen Zolltarifen außer dem Zeugnis über die Herkunft der Ware Ursprungszeugnis noch Bestätigungen über die Beschaffenheit der Ware oder ihrer Fabrikation oder über Betriebsverhältnisse und dergl. gefordert werden. Außerdem werden von der Handelskammer noch folgende Bestätigungen erteilt: Reisebestätigungen zwecks Vorlage bei den Konsulaten, Bestätigungen über die Notwendigkeit eines zweiten Reisepasses wie überhaupt alle mit der Ausreise zusammenhängenden Bescheinigungen; ferner alle Bestätigungen, die mit dem Auslandsverkehr zusammenhängen.

—* Salver, 2. Sept. Wir verfehlen nicht auf die Befanmachung der Industrie- und Handelskammer zu Lüdenscheid betr. Abbau der Preiswirtschaft besonders hinzuweisen.

—x Schallsmühle, 1. Sept. An der Staatlichen Baugewerkschule in Hörter legte der 5. Sohn des Bauunternehmers Wilh. Löwen „Adolf“ sein Examen als Tiefbau-Techniker mit dem Prädikat „Gut“ ab.

§ Schallsmühle, 1. Sept. Im Betriebe der hiesigen Firma Schr. ereignete sich gestern ein Unglücksfall,

wie wenn die Sonne nach einem furchtbaren Gewitter die ersten Strahlen aus den zerrissenen Wolken über die regengesteuerte Erde sendet. Er hatte es ja gewußt, sie würde ihm nicht widerstehen können, und mochten alle Marquis der Welt seine Nebenbuhler sein.

Verhältnismäßig ruhig empfingen die beiden den wieder eintretenden Mexikaner, der ohne Ziererei die allertümliche Geige aus ihrer Hülle nahm und erst wie spielend den Bogen über die Saiten gleiten ließ, dann in vollen mächtigen Tönen ein phantastisches Andante spielte.

Ja, das war wirklich ein Genie.

Ritter hing wie gebannt an dem seltsamen Mann, der mit seiner Geige so zu beruhigen verstand. Es war ihm, als ob ein weicher fühliger Hauch ihn umfähe, als ob eine liebe Hand sich ihm auf die pochenden Schläfen lege. Er hätte ihm zuhören mögen immer weiter und weiter, und als er endlich den letzten Ton verklingen hörte, und der Mexikaner das Instrument aus der Hand legte, ging er auf ihn zu und schüttelte ihm die Hand.

„Wahrhaftig, Sie sind ein Meister.“
Ein leises Lächeln glitt über das dunkle Gesicht des Künstlers, und er antwortete mit zarter Ironie:

„Nun haben Sie auch meinen Jagdschein im Gebiet der heiligen Cäcilie gesehen, Herr Oberförster.“

„Nehmen Sie daran nicht mehr, Herr Marquis. Ich schäme mich meiner Grobheit. Wollen Sie es mir glauben?“

„Gerne, Herr Oberförster.“ und wie zur Bestätigung seiner Antwort reichte er ihm die schlante Hand hin.

Mira Lössbau blickte den Oberförster verwundert an.

Was hatte ihn so seltsam umgestimmt, bloß die Musik?

Das lag doch gar nicht in seiner rauhen männlichen Natur.

Nein, es war das Bewußtsein, daß er immer noch geliebt wurde.

Und wurde er das wirklich?

Für den Augenblick ja, solange sie sich unter der Gewalt seiner leidenschaftlichen Augen fühlte, sicher. Ob aber später . . . ?

(Fortsetzung folgt.)

Spiel und Sport.

Sp. Weltrekord deutscher motorloser Flugzeuge. In der Rhön herrschte reger Flugbetrieb der Russen, die deutschen Segelflieger hielten sich zurück. Lediglich Rehring führte auf „Margarethe“ einen Flug ohne Gast von 41 Minuten Dauer aus. Er erzielte eine Überhöhung der Startstelle um 150 Meter und landete in einer Entfernung von 13 Kilometern. Ferner erzielte bei mittlerem Nordwest-Wind auf „Margarethe“ einen Dauerweltrekord mit Flugzeit von 3 Stunden 5 Minuten 55 Sekunden. Rehring stellte auf „Konstul“ einen Streckenweltrekord von 21½ Kilometern auf.

Sp. Westdeutschland—Mitteldeutschland 2:0. Im Leipziger Stadion trafen Mittel- und Westdeutschlands Fußballmannschaften im Freundschaftsspiel zusammen. In der vierten Minute kam Rudolf zum Führungstor und konnte in der 25. Minute den zweiten Treffer für den Westen einstopfen. Nach dem Wechsel spielten die Mitteldeutschen noch lustlos, konnten aber mit viel Glück die gefährlichen Angriffe des Gegners unterbinden, so daß es bei dem 2:0-Siege blieb.

Arbeiter und Angestellte.

Bochum. (Die Zahl der arbeitssuchenden Bergarbeiter.) Nach Mitteilung des Landesamtes Westfalen und Lippe, Abteilung Bergbau, betrug am 15. August 1925 die Zahl der arbeitssuchenden Bergarbeiter bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes 14 564 Mann. Darunter befinden sich 11 245 Hauptunterstützungsempfänger, 4959 Ledige und 9605 Verheiratete. Gegenüber der am 15. Juli 1925 mit insgesamt 9119 festgestellten Zahl ist somit eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit innerhalb der Bergarbeiterchaft um 60% eingetreten.

Leipzig. (Ablehnung des Schiedsspruchs seitens der Textilarbeiter.) Eine stark besuchte Funktionärerversammlung der Textilarbeiter aus der mittel- und westfälischen sowie thüringischen Textilindustrie nahm Stellung zu dem am 25. August 1925 vom Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch, der eine Lohnerhöhung von 10% vorsieht. Die Konferenz lehnte den Schiedsspruch einstimmig ab, so daß ein Kampf nunmehr unüberwindlich erscheint.

Kongresse und Versammlungen.

k. 3. ostpreussischer Katholikentag. In der großen Festhalle des Königsberger Tiergartens wurde unter zahlreicher Beteiligung aus der ganzen Provinz der 3. ostpreussische Katholikentag abgehalten, an dem als Ehrengäste der Bischof von Ermland Dr. Augustinus Wudau, Oberpräsident Siehr und Vertreter sämtlicher Behörden teilnahmen. Von der Tagung wurden an den Papst und an den Reichspräsidenten v. Hindenburg Guldigungsgramme gesandt. Auf das Telegramm an den Reichspräsidenten ging folgende Antwort ein: „Dem ostpreussischen Katholikentag sende ich mit meinem Dank für das freundliche Begrüßungsgramm herzlichste Grüße. Ich wünsche den Katholiken der deutschen Ostmark gegenseitige Arbeit zum Wohle des deutschen Vaterlandes.“ v. Hindenburg, Reichspräsident.

k. Nationaler Eisenbahnerverband. In Augsburg fand eine Konferenz zum Zwecke des Zusammenschlusses nationaler Eisenbahner Verbände mit der nationalen Gewerkschaft deutscher Eisenbahner statt. Die Beschlüsse der Konferenz wurden in einer Entschließung festgelegt, die die Eisenbahner Deutschlands zur Stärkung der nationalen Front aufruft. Unter Beihilfe der alten Gewerkschaften sei die deutsche Eisenbahn in die Hände des internationalen Kapitals übergegangen.

k. Beginn des Gewerkschaftskongresses in Breslau. Zur Eröffnung des 12. deutschen Gewerkschaftskongresses fanden in Breslau zunächst einige künstlerische und gesellige Veranstaltungen statt. Ein Bezauberungskonzert von 130 Berufs-

mustern der Breslauer Oper und des Schlesischen Landesorchesters unter Leitung von Kapellmeister Behr bot ein wertvolles musisches Programm in ausgereicherter Wiedergabe. Ferner fand eine feierliche Kranzniederlegung am Grabe Lassalles statt.

k. Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter. Der Verband beging seine diesjährige Jubiläumstagung in München. Der bayerische Sozialminister Oswald betonte, daß die Zeit vorüber sei, da man meinte, ohne die christlichen Gewerkschaften auskommen zu können. Reichstagsabgeordneter Stegerwald erinnerte an die schweren Kämpfe zu Anfang der christlichen Gewerkschaftsbewegung und hob demgegenüber die Tatsache hervor, daß die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland nunmehr die einflussreichste in der ganzen Welt

Börse und Handel.

Alltägliche Berliner Notierungen vom 1. September.

* Börsenbericht. Nach ziemlich festem Beginn erfuhr die Börsenstimmung im weiteren Verlauf eine leichte Abschwächung, verstimmt wurde namentlich die jetzt bekanntgewordene Dividendenlosigkeit einzelner erstklassiger Werte. Der Markt der inländischen Anleihen war verhältnismäßig fest, Kriegsanleihe konnte von 0,20 auf 0,23 anziehen. Der Geldmarkt ist weiterhin flüssig, tägliches Geld 9—10,50%, monatliches Geld 10,50—11,50%.

* Devisenbörse. Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,36—20,41; holl. Gulden 169,04—169,46; Danz. 80,76 bis 80,96; franz. Frank 19,72—19,76; belg. 18,90—18,94; schweiz. 81,20—81,40; Italien 15,95—15,99; schwed. Krone 112,51—112,79; dän. 104,32—104,58; norweg. 87,39 bis 87,61; tschech. 12,43—12,47.

* Erhöhung des Lebenshaltungsindezes. Die Reichsindeizer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats August auf 145,0 gegen 143,3 im Vormonat. Sie hat sich sonach um 1,2% erhöht. Die Steigerung ist vor allem auf die Erhöhung der Wohnungsmieten zurückzuführen; bei den Ernährungsausgaben wurden Preissteigerungen von Fleisch, Butter, Milch und Eiern teilweise durch die Verbilligung von Gemüse und Kartoffeln ausgeglichen.

* Keine Erhöhung der Berliner Briefetpreise. Auf Grund des vom Reichskanzler Dr. Luther geforderten Preisabbaues hat der Aufsichtsrat der Arbeitsgemeinschaft des Berliner Briefetthandels G. m. b. H. den am 27. August gefassten Beschluß betreffend Erhöhung der Briefetpreise am 1. September zurückgezogen.

* Heu- und Strohnottierungen (Erzeugerpreise) je 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt (in Reichsmark): Quadrantenballen drahtgepr. Roggenstroh 0,80 bis 1,15, desgl. Haferstroh 0,65—0,95, desgl. Weizenstroh 0,70 bis 1,00, Roggenballenstroh 1,15—1,55, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 0,90—1,15, drahtgepr. Gerstenstroh 0,65—0,95, Häcksel 1,30—1,50, handelsübliches Heu 3,50—4,10, Mistheheu, lose 2,20—2,70, Alceheu, lose 4,25—4,90.

* Butter. 1. Qualität 2,30 M., 2. Qualität 1,86 M., abfallende Qualität 1,66 M.

* Berliner Häuteversteigerung. Der Besuch der vom Allgemeinen Häuteverwertungsverband veranstalteten Versteigerung war ziemlich gut, die Kauflust für leichtes Großvieh lebhaft, die Preise blieben gegen die Vorauktion ziemlich unverändert.

* Produktenbörse. Der Getreidemarkt zeigte durchschnittlich festere Tendenz. Das Angebot vom Inlande ist in Weizen wie in Roggen und Hafer wesentlich zurückhaltender, so daß die mancherlei Frage schwer zu befriedigen war und die Preise sich etwas erhöhten. Ob die Hoffnung auf eine Wirkung der Zölle oder auf etwaiges Kommen der Einfuhrscheine zu der Zurückhaltung der Landwirte beiträgt, vielleicht auch die Feldarbeiten dazu Anlaß bieten, war nicht zu ersehen. Die Andienungen drücken nicht, da besonders für Roggen der hohe Report die Aufnahme der Andienungen sichert. Von Gerste bleibt das Angebot stark, die Forderungen lassen aber nicht viel Abschlüsse zu. Mehl preisbaltend, doch

sind erhöhte Forderungen nicht durchzusetzen. Futterartikel niedrig.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	1. 9.	31. 8.		1. 9.	31. 8.
Weiz., märk.	216-222	215-221	Weiz., f. Br.	12,5	12,5
pommerscher	—	—	Roggl. f. Br.	12,2	12,2
Roggl., märk.	167-174	165-173	Haps	355-360	355-360
pommerscher	—	—	Reinfaat	—	—
westpreuß.	—	—	Vikt.-Erbs.	25-31	25-31
Futtergerste	—	—	fl. Speiserbs.	—	—
Braugerste	180-185	180-185	Futtererbsen	21-23	21-23
Hafer, märk.	174-182	173-181	Beluschen	—	—
pommerscher	—	—	Alfbohnen	—	—
westpreuß.	—	—	Widen	26-29	26-29
Weizenmehl	—	—	Lupin., blaue	12,5-14	12,5-14
p. 100 Kil. fr.	—	—	Lupin., gelbe	—	—
Wln. br. inlf.	—	—	Seradella	—	—
Sad (feinst.)	31,2-34,2	31-34	Napstuchen	16-16,2	15,8-16
Mrt. u. Rot.	—	—	Reintuchen	22,6-22,8	22,6-22,8
Roggenmehl	—	—	Trockenschbl.	12	12
p. 100 Kil. fr.	—	—	Soya-Schrot	21,2-21,5	21,2-21,5
Berlin br.	—	—	Torfm. 30/70	8,8-9	8,8-9
inlf. Sad	24,2-26,2	24-26	Kartoffelst.	19	19

Büchertisch.

Der Weg zum Erfolg führt durch das Wissen. Es genügt aber nicht, sein Wissen auf seinen Berufsweig zu beschränken, ein möglichst ausgebreitetes Wissen ist notwendig. Freilich kann kein Mensch den ganzen Wissen schatz in sich aufspeichern. Darum ist es dankbar zu begrüßen, daß der kleine Brodhaus, Handbuch des Wissens in einem Band, das Weltwissen in sich vereinigt; ein Griff und man hat, was man wissen will. Der kleine Brodhaus ist das reine Weltauskunftsbüro, das unparteiisch jedem dient der es befragt. Durch die geniale Raumausnutzung ist gegenüber den größeren Auskunfts werken keine fühlbare Verkürzung des Stoffes eingetreten. Der kleine Brodhaus erweist sich jedem als unentbehrlich. Um aber auch jedem die Anschaffung zu erleichtern, läßt der Verlag das Werk in zehn Lieferungen erscheinen, von denen die sechste uns bereits vorliegt. Während des Erscheinens der Lieferungen ist die Möglichkeit geboten, den kleinen Brodhaus zu einem billigeren Subskriptionspreis (jede Lieferung M. 1.90) zu beziehen. Diese Vergünstigung erlischt aber mit Ende September, und wir raten unseren Lesern baldigst zuzugreifen. Die sechste Lieferung bietet wieder eine überreiche Fülle interessanter Stoffe in Wort und Bild. Wir machen z. B. auf die Uebersicht Hauptdaten der Weltliteratur aufmerksam, die mit 3000 v. Chr. beginnt und mit den wichtigsten dichterischen Erscheinungen der Gegenwart endet. Eine prächtige Probe, wie der kleine Brodhaus auch im Bild ganz unparteiisch über die Schöpfungen der Menschen zu berichten versteht, sind die beiden Tafeln „Malerei“. Auf ihnen sind Darstellungen aus dem frühesten Altertum und sogar aus der Eiszeit vereinigt mit Schöpfungen der modernsten Kunstschaffungen unter denen eine Vertreibung aus dem Paradies auffällt. Ueberall, wozu man hinschaut, findet man wertvollen Stoff in der neuesten Fassung. Auch diese Lieferung gibt die Uebersetzung, daß der kleine Brodhaus den Vogel abschlekt und das Handbuch des Wissens ist, das uns Deutschen beweist, daß es aufwärts geht mit deutscher Arbeit und deutschem Geist.

Schriftleitung Wtlh. Bell jr., Halver i. Westf.

Zur Beachtung!

Wie aus den Pressennachrichten der letzten Tage ersichtlich, beabsichtigt die Reichsregierung, den zur Festigung und Belebung der deutschen Wirtschaft unbedingt erforderlichen Abbau der Preise, namentlich der Gegenstände des täglichen Bedarfs mit allen gesetzlich möglichen Mitteln zu fördern und nötigenfalls zu erzwingen. Eine allgemeine Preissenkung ist daher bei Durchführung der getroffenen Maßnahmen mit Bestimmtheit zu erwarten.

Trotzdem scheint man in Verbraucherkreisen beunruhigt durch Einflüsterungen ebenso gewissenloser wie kurzsichtiger, unverantwortlicher Stellen mit weiterem Steigen der Verkaufspreise von Lebensmitteln usw. zu rechnen und sich deshalb durch Einkauf größerer Vorräte sichern zu wollen.

Es ist klar, daß gerade eine derartige Hamsterei, wie sie in der glücklich überwindenen Zeit der Geldentwertung üblich war, die Absichten der Regierung mehr oder weniger durchkreuzen und zu einer Steigerung der Preise und damit zur Verteuerung der gesamten Lebenshaltung führen muß.

Wir warnen deshalb vor Angstkäufen jeglicher Art und können nur dringend raten, sich bei allen Einkäufen auf das unbedingt Nötige zu beschränken.

Die Industrie- und Handelskammer zu Lüdenscheid.

Allgemeine Ortskrankenkasse der Gemeinden Schalksmühle und Hülseheid.

Auf die Aufforderung zur Wahl des Vorstandes sind von den beteiligten Arbeitgebern und Versichertenvertretern nur je ein Vorschlag eingegangen.

Es sind somit gewählt:

1. Arbeitgeber:

a) Vertreter:

1. Ernst Paris, Schalksmühle
2. Wilhelm Boewen, Schalksmühle
3. Fritz Borchling, Klagebach.

b) Ersatzleute:

1. Gustav Schröder, Schalksmühle
2. Ernst Weirich, Schalksmühle
3. August Brode, Schalksmühle.

2. Versicherte:

a) Vertreter:

1. Hugo Dannenberg, Pfaltzamp
2. Ernst Schürnerbeck, Schalksmühle
3. Albert Borlinghaus, Schalksmühle
4. Wilhelm Hohage, Halver
5. Karl Diebel, Lauensteinerhöl
6. Wilhelm Schöneberg, Dahlebrück

b) Ersatzleute:

1. Karl Piepenstock, Pfaltzamp
2. Fritz Tendel, am Ufer
3. H. Hebe, N. Reeswinkel
4. Joh. Schulteis, Klagebach
5. Fritz Cramer, Klagebach
6. Karl Schröder, U. Wippelkühl.

Anfechtungen gegen diese Wahl können innerhalb 2 Wochen nach dieser Bekanntmachung beim Vorstand oder dem Versicherungsamt erfolgen.

Schalksmühle, den 1. September 1925.

Der Vorsitzende des Vorstandes:
gez. Ernst Paris.

Trauerdrucksachen

fertigt schnellstens an der Verlag dieser Zeitung.

Bekanntmachung.

Der Kraftverkehr „Mark Sauerland“ G. m. b. H. hat bei dem Herrn Regierungspräsidenten in Arnberg die Genehmigung zum Betrieb folgender Kraftfahrzeuginien beantragt:

1. von Blettenberg über Bichtringshausen, Altenborn nach Fimmentrop,
2. von Lüdenscheid über Kierspe-Bahnhof, Königsfeld bis zur Kreisgrenze, in der Richtung nach Wipperfürth,
3. von Weimerhagen über Bleche, Drolshagen nach Olpe,
4. von Kierspe (Dorf) über Halver nach Brederfeld.

Gemäß § 3 der Ausführungsanweisung vom 10. Dezember 1921 zur Verordnung betr. Kraftfahrzeuginien vom 24. Januar 1919 wird das beabsichtigte Unternehmen im Auftrage des Herrn Regierungspräsidenten in Arnberg hiermit öffentlich bekanntgegeben. Widersprüche gegen die Genehmigung des Betriebes können beim Landratsamt in Altena in der Zeit vom 31. August bis 7. September 1925 einschließlich schriftlich oder zu Protokoll erhoben werden.

Altena, den 25. August 1925

Der Landrat:

Egh.-Nr. A 3435.

Thomae.

Geschäfts-Eröffnung.

Habe in Kierspe-Bahnhof, Vollme-
straße 698 ein

G e s c h ä f t
in sämtl. elektrotechn. Bedarfs-
artikeln u. Fahrraderzeugnissen
eingerrichtet.

Fahrräder und Motore in Kürze
ab Lager lieferbar.

Alle vorkommenden

Licht- u. Kraftanlagen

werden sachgemäß ausgeführt. Bestel-
lungen werden im Geschäft oder tele-
fonisch unter Nr. 252 Amt Weimerhagen
entgegengenommen.

Otto Bedder

Elektro-Inst.-Meister.

Henko

Henkel's
Wasch- und
Bleich-Soda

Seit 50

Jahren

bewährtes

Mittel für

Wäsche und

Hausputz!



Rucksäcke

in mehreren Größen
vorrätig

Wilhelm Bell jr.,

Telefon 42 Halver. Kirchstr. 5

Inferieren bringt Gewinn!

Am Mittwoch, den
2. 9. und 16. Sept.
fällt vertretungshalber die

**Nachmittags-
Sprechstunde aus.**

**Dr. Grunide,
Weimerhagen.**

Breitemeister

gesucht.

Wohnung kann gestellt
werden.

Angebote unter N
100 an die Geschäfts-
stelle des Allgemeinen
Anzeigers Halver.

Existenz

d. Uebern. uns. Ge-
schäftsstelle. Mk. 100.
Barkapital u. eig.
Wohnung. erforderl. Eigen-
schaft f. Versich. Ag.
abgeb. Angest. u. Beamte.
Gemeinnützige Deutsche
Ferienheim-Genossen-
schaft e. G. m. H.
Hamburg 6.

**Rauch- u. Rau-
Tabak**

**Fr. Herm. Bohmer,
Schalksmühle.**
Wiedervert. z. Fabrikpreise

Echtheit hochtragende
und frischmelle

**Rübe u.
Kinder**

Carl Schmale
Halver.
Telefon 28.